

Frankfurt, 23. Februar. Morgen, am Jahrestage der französischen Februarrevolution, findet Abends um 6 Uhr ein großes demokratisches Festmahl in Mainz statt. Das Theater, welches für nicht weniger als 3000 Personen Raum hat, bietet den von nah und fern zufließenden Gästen Gelegenheit, sich zu befreunden und zu verbrüdern. In andern Städten, wie in Homburg, Hanau, Wiesbaden, sollen noch in diesem und dem nächsten Monate ähnliche Feste gefeiert werden. Plakate, Adressen und Affichen sind jetzt wieder an allen Straßenecken von Frankfurt angeklebt. Unter den Fastnachtscherzen verhüllt sich manche ernste, strenge Wahrheit; die politischen Anspielungen und Satiren blicken überall durch. In einem nahe gelegenen Dorfe führten die Bauern 34 Strohleute, mit Musik und Hurrahrufen begleitet, vor sich her und warfen sie dann unter allgemeinem Jubel ins Wasser, und als die Strohleute in Wasser geschleudert waren, brachten die Bauern denselben ein Hoch aus.

Rh. u. W. Z.

Mainz, 22. Februar. Heute Morgen ward im Dom vor der zahlreich versammelten Menge die Wahl eines neuen Bischofs verkündigt: Herr Leopold Schmidt, Professor der Theologie zu Gießen, ist der Gewählte. Der neugewählte Bischof hat sich vielfach als Schriftsteller bekannt gemacht. Derjenigen Richtung, die man die ultramontane nennt, gehört er nicht an. Vor 2 Jahren erhielt er einen Ruf nach Breslau, blieb jedoch in Gießen, wo er damals neben seinem theologischen Amt auch zum Professor der Philosophie ernannt wurde. Einem ganzen Wesen nach scheint er mehr friedlich oder irenisch als polemisch zu sein; wie denn auch seine neueste Schrift den Titel hat: „Grundlegung der christlichen Irenik.“ Ob er in dem Grade, wie ich behaupten höre, Reformbestrebungen zugeneigt ist, will ich dahingestellt seyn lassen.

Rh. u. W. Z.

Bonn, 23. Februar. Heute fand die Wahl des dritten Abgeordneten des Wahlkreises Bonn-Siegburg an die Stelle des früher gewählten Staats-Procurators Schornbaum, der die Wahl für Nachen annahm, in Siegburg statt. Wenn die konstitutionelle Partei bei den früheren Wahlen unterlegen, so hat sie bei der heutigen den Sieg davon getragen und ihren Candidaten, Herrn Gustav Pleibren auf der Hardt, welcher als dritter Abgeordneter des erwähnten Kreises für die National-Versammlung in Berlin gewählt, durchgesetzt. Die demokratische Partei hatte Herrn Dr. Gottschalk als ihren Candidaten aufgestellt.

Rh. V. H.

Altona, 22. Februar. Nach einer in der „Schlesw.-Holst.-Zeit.“ enthaltenen Mitteilung aus Schleswig wäre eine dänische Patrouille von circa 30 Mann mit 2 Kanonen von Alsen bis zur Düppeler Mühle vorgerückt und hätte dort die Dänische Fahne aufgezogen, aber sofort wieder den Rückzug angetreten. Nach einer andern Version hätten sie mit Kartätschen auf eine Patrouille unserer Truppen geschossen.

Alt. M.

Italien.

Rom, 14. Februar. Die Dinge werden mehr und mehr ernsthaft. Nicht bloß die individuelle Freiheit ist gefährdet, sondern man hat auch aufgehört, völkerrechtliche Beziehungen und Rücksichten zu respectiren. So wurde neulich ein russischer Courier, der mit dem Brief-Felleisen nach Neapel abgehen sollte, auf offener Landstraße angehalten und seiner Depeschen beraubt. Er hatte Geistesgegenwart genug, sich augenblicklich zum Gefangenen machen und sich nach Rom zurückführen zu lassen, wo er bei dem würtembergischen Geschäftsträger, Hrn. v. Kolb, der mit der Vertretung der russischen Interessen beauftragt ist, Klage führte und auch Satisfaction erhielt, aber dabei doch um seine Mission gekommen war. Mit einem spanischen Courier hat sich Aehnliches zugetragen. — Weit ernsthafter aber noch droht das Verfahren der Regierung gegen die Geistlichen und ihre Besitzthümer zu werden. Letztere sollen zum Staats-Eigenthume erklärt werden, und eine so eben erschienene Verordnung untersagt den Geistlichen auf das strengste jede Veräußerung mobilen und immobilen Vermögens. Daran knüpfen sich natürlich Debatten über Freiheit des Kultes, und an protestantischen Ideen ist vielleicht in diesem Augenblicke nirgends ein solcher Ueberfluß, wie in Rom. — Canino geht ernstlich damit um, das provisorische Ministerium in Anklage-Zustand zu versetzen; namentlich hat er es auf Sterbini gemünzt, von dem eines der hiesigen Flugblätter behauptet hat, schließlich habe er um das römische Volk doch kein anderes Verdienst, als Rossi's Ermordung. — Mamiani ist nunmehr definitiv ausgetreten und scheint weder mit der römischen, noch mit seinem Schooßkinde, der italienischen Constituante, etwas zu thun haben zu wollen. — Die Finanzen sind trotz der ungeheuren Schuldenanhäufung nicht gebessert worden, und der Finanz-Minister hat vorläufig ein kleines Deficit von 5 Millionen, sage fünf Millionen Scudi, in Aussicht gestellt.

R. Z.

Nach Briefen aus Turin an den „Constitutionnel“ soll die sardinische Armee bereits am 20. Januar über die Grenze von Toscana gegangen sein, und zwar auf dringendes Verlangen des Großherzogs und des besonnenen Theiles der Bevölkerung, vertreten durch die Herren Serristori, Corsini, Ridolfi, Salvagnoli und Andere, welche aus Deputation nach Turin kamen. In einem Briefe aus Florenz vom 16. Februar im „Journal des Debats“ heißt es, daß die toskanischen

Goldaten der sardinischen Intervention nicht den geringsten Widerstand bieten würden. Unterdessen predigen die „Alba“ und die andern radikalen Blätter eine Vereinigung mit Rom und zum Schutz- und Trutzbündniß mit — Ungarn. Guerrazzi soll rathlos sein. Eine sardinische Intervention wäre unbedingt die beste Lösung der Verwickelungen in Mittel-Italien, und wir betrachten sie um so wahrscheinlicher, als Gioberti's Schritte in Gaeta keinen andern Zweck hatten, als die Verhinderung einer auswärtigen Intervention, deren Folgen unberechenbar wären. — Toscana will die römische Constituante mit 37 Deputirte beschicken. —

Holland.

Aus dem Haag, 21. Februar. Unsere Regierung hat mit der österreichischen einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem ein namhafter Theil unserer Flotte, geführt von einem unserm Admirale, auf eine gewisse Zeit der österreichischen Regierung zur Verfügung überlassen wird. Die näheren Bedingungen verlauten noch nicht.

Amsterdam, 21. Februar. Es läuft hier eine Zuschrift an den König um und findet bei allen Katholiken Theilnahme, worin sich dieselben in scharfen Ausdrücken beklagen, daß beim Vergeben von öffentlichen Aemtern eine so schreiend große Parteilichkeit zum Nachtheil der Katholiken noch immer stattfindet. Auch in verschiedenen andern Städten des Königreichs werden ähnliche Adressen verbreitet. Wie begründet diese Klage der Katholiken ist, wird aus nachfolgendem Zahlenverhältnisse erhellen: die verschiedenen Minister haben in dem Zeitraum vom 1. Februar 1848 bis dahin 1849 von 75 Amtsernennungen 71 Protestanten, 2 Juden und 2 Katholiken bedacht. Die Katholiken in Holland machen $\frac{3}{8}$ der Gesamtbevölkerung aus.

Rh. V. H.

Schweiz.

Freiburg. Der Papst hat an den von hier vertriebenen Bischof Marilley einen Brief gerichtet, worin es heißt: „Ehrwürdiger Bruder! Heil und apostolischer Segen! Wir wurden vor Freude entzückt, als wir Deinen Brief vom 29. December lasen, wodurch wir vernahmen, daß Du nach längerer Gefangenschaft in einem finsternen Kerker, aus Deinem Bisthum und selbst aus der Schweiz verwiesen worden bist. Seitdem Du für die Gerechtigkeit Verfolgung leidest, haben wir uns mit Deinem Leiden vereinigt, Deine Leiden sind unsere Leiden geworden, unsere Thränen sind mit den Deinigen vermengt worden. Jetzt aber beglückwünschen wir Dich auf besondere Weise, daß Du durch die Beharrlichkeit, mit der Du verabscheuungswürdige Neuerungen von Dir wiesest, ein herrliches Beispiel bischöflicher Standhaftigkeit gegeben hast; auch umarmen wir Dich mit ganz besonderer Zärtlichkeit als einen würdigen Kämpfer Jesu Christi, Dich, dem es gegeben ist, so für den Glauben der Apostel und für die katholische Einheit zu leiden. . . . Wir haben großes Vertrauen auf den einmüthigen Eifer der Gläubigen, welche Tag und Nacht durch Gelübde und seufzende Bitten den Herrn um Abkürzung dieser Tage der bittersten Trübsale beschwören. . . .“

Gegeben zu Gaeta, den 21. Januar 1849.

Berlin, 24. Februar. Die heute ausgegebene Nr. 8. der Gesetz-Sammlung enthält den Allerhöchsten Erlaß vom 2. Februar 1849, betreffend den Angriff der Arbeiten auf der Eisenbahnstrecke von Lippstadt über Soest nach Hamm und die Einsetzung einer besondern königlichen Kommission für die westphälische Eisenbahn.

„Nachdem die Köln-Minden-Thüringer Verbindungs-Eisenbahn-Gesellschaft den Beschluß gefaßt hat, sich aufzulösen, und dadurch die in der Konzessions-Urkunde vom 4. Juli 1846 (Gesetz-Sammlung für 1846, S. 303 ff.) in Aussicht gestellte Ausdehnung der Konzession auf die Strecke von Lippstadt nach Hamm erledigt ist, will Ich, mit Vorbehalt der Zustimmung der Kammern, in der Voraussetzung, daß wegen Uebernahme der Bahn von der kurheffischen Gränze bis Lippstadt seitens des Staats mit der vorerwähnten Gesellschaft eine Vereinigung zu Stande komme, behufs der nützlichen Beschäftigung der arbeitenden Volksklassen, den Angriff der Arbeiten auf der Bahnstrecke von Lippstadt über Soest nach Hamm, so weit die Geldmittel dazu aus dem Eisenbahn-Fonds oder andern disponiblen Beständen der Staatskasse beschafft werden können, hierdurch schon jetzt genehmigen und Sie, den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, ermächtigen, zur Ausführung des Baues eine besondere von Ihnen unmittelbar ressortirende Kommission unter dem Namen „Königliche Kommission für die westphälische Eisenbahn“ einzusetzen, welcher in Angelegenheiten der ihr übertragenen Geschäfte alle Befugnisse einer öffentlichen Behörde zustehen sollen. Zugleich bestimme Ich, daß das Recht zur Expropriation derjenigen Grundstücke, welche zur Ausführung der bezeichneten Eisenbahn nach dem von Ihnen, dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentlichen Arbeiten, festzustellenden Bauplane und der von Ihnen gleichfalls näher festzustellenden Richtung erforderlich sind, so wie das Recht zur vorübergehenden Benützung fremder Grundstücke, nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§. 8 — 19. des